



Kleine Anfrage

der Abgeordneten Veronika Kolb (FDP)

und

Antwort

der Landesregierung - Innenminister

Deicharbeiten bei Brunsbüttel

1. Ist es zutreffend, dass nach Abschluss der Deicharbeiten in Neufeld/ Neufelderkoog beabsichtigt wird, im Anschluss den letzten Deichabschnitt bei Brunsbüttel zu erneuern?

Antwort:

Ein zeitlicher Zusammenhang mit der Deichverstärkungsmaßnahme Neufeld/ Neufelderkoog besteht nicht. Der Abschnitt Brunsbüttel Alterhafen gehört zu den prioritären Maßnahmen des Generalplanes Küstenschutz. Er wird vorbehaltlich der Finanzierung umgesetzt, wenn Planung und Planfeststellung abgeschlossen sind.

Ist im Zuge dieser Arbeiten ein neuer Deichverlauf geplant oder ist geplant, die bereits vorhandene Deichlinie im Vorland zu verstärken bzw. zu erneuern? Gibt es sonstige der Landesregierung bekannte Varianten eines Deichverlaufes (Durchschneidung des Vorlandes/ Errichtung eines Sperrwerks an der engsten Stelle) und wie werden diese ggf. bewertet? Wann ist ggf. mit einer Entscheidung über die verschiedenen Varianten zu rechnen?

Antwort:

Die geplante Trasse verläuft vor dem bestehenden Deich durch das Vorland und bindet das vorhandene Schöpfwerk ein. Die Stadt Brunsbüttel präferierte wegen der städtebaulichen Entwicklungsmöglichkeiten eine Abdämmung des Hafens mit einem neuen Sperrwerk. Eine solche Lösung ist technisch machbar. Sie wurde jedoch seitens der Stadt zwischenzeitlich verworfen, da sie die Mehrkosten dieser Variante nicht aufbringen kann. Mit der Stadt Brunsbüttel wurde daraufhin vereinbart, die vom Land zur Ausführung vorgesehene Variante vor dem bestehenden Deich durch das Vorland so zu gestalten, dass vor dem geplanten Deich noch genügend Flächen für städtische Zwecke verfügbar werden. Mehrkosten für das Land entstehen hierdurch nicht.

2. Wie hoch sind ggf. die Kosten für die verschiedenen Varianten zu Frage 2.? Wer hätte diese Kosten ggf. zu tragen?

Antwort:

Für die Sperrwerkslösung nach den Wünschen der Stadt Brunsbüttel hätten sich Kosten in Höhe von rund 12,5 Mio. € ergeben. Die Mehrkosten hätte die Stadt Brunsbüttel zu tragen. Die Kosten für die nunmehr einvernehmlich vorgesehene Variante belaufen sich auf rund 7,5 Mio. €.